



Medienmitteilung der EVP Aargau

EVP Aargau fordert bessere Arbeitsbedingungen für Polizistinnen und Polizisten

Der Regierungsrat möchte den Bestand der Polizei erhöhen und die duale Polizeiorganisation beibehalten. Die EVP unterstützt diese beiden Anliegen.

Seit der Einführung der dualen Polizeiorganisation im Jahr 2007 wird diese immer wieder in Frage gestellt, insbesondere wegen der Wartezeiten bei Fallübergaben in den Bereichen der häuslichen Gewalt und bei Verkehrsunfällen. Der Regierungsrat möchte das duale System dennoch erhalten, was die EVP begrüsst. Insbesondere der engere Bezug zur Bevölkerung spricht für die Beibehaltung der Regionalpolizeien. Die EVP unterstützt auch das Ziel des Regierungsrats, die Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und den Regionalpolizeien zu optimieren und die entsprechenden Anpassungen vorzunehmen.

Die geplante Erhöhung der Polizeibestände ist der EVP aus mehreren Gründen ein grosses Anliegen. Zum einen sind die Arbeitsbedingungen der Polizistinnen und Polizisten durch Überstunden erschwert, die notwendigen Erholungszeiten nicht gewährleistet und das soziale Leben schwer planbar. Zum anderen erfordert der notwendige Aufbau der Abteilungen für Cybercrime und Menschenhandel zusätzliche personelle Ressourcen. Des Weiteren hat die Sicherheitsverbandsübung 2019 gezeigt, dass bei überregionalen Notfallereignissen und Krisenlagen die Aargauer Polizei die öffentliche Sicherheit nicht vollumfänglich garantieren könnte.

Die EVP unterstützt die Stossrichtung zur Weiterentwicklung der Polizeiorganisation und der Polizeibestände, die der Regierungsrat am 17. November 2022 präsentiert hat.

Für Auskünfte:

Lutz Fischer-Lamprecht, Grossrat und Mitglied der Kommission «Öffentliche Sicherheit»,
Wettingen, 079 321 16 89, fischerlamprecht@gmail.com